Hofabgabe: Hilft Berlin?

Gegner der Hofabgabeklausel diskutierten mit Bundestagsabgeordneten / „Wegducken wird nicht mehr gehen“, so Dr. Edmund Peter Geisen

Berlin ist immer eine Reise wert – mit diesem Eindruck fuhren sieben Landwirte und Bäuerin Marlene Ortmann Mitte letzter Woche zurück nach Ostwestfalen. Die Gegner der Hofabgabeklausel im Altershilfegesetz hatten sich im Bundestag mit Abgeordneten getroffen, die aus ihrem Wahlkreis kommen oder die in den Ausschüssen Gesetzesvorhaben maßgeblich beeinflussen. Die Landwirte, an der Spitze Kreislandwirt Werner Seeger aus Herford und Ortslandwirt Heinrich Eickmeyer aus Leopoldshöhe, haben das Gefühl, dass der Deutsche Bauernverband (DBV) ihr Anliegen nicht mit Nachdruck unterstützt und dass womöglich alles beim Alten bleibt.

Die Landwirte informierten und diskutierten mit Johannes Röring (CDU, WLV-Kreisverbandsvorsitzender Borken), Dr. Edmund Peter Geisen, Gudrun Kopp, Frank Schäffler (alle FDP) sowie Stefan Schwartze und Dirk Becker (beide SPD).

Seeger, auch stellvertretender Vorsitzender des WLV-Kreisverbandes Herford, ließ die Dinge Revue passieren: Nach der Berichterstattung im Wochenblatt (Folge 32/2009) hätten sich innerhalb weniger Tage über 150 Betroffene aus mehreren Bundesländern bei ihm gemeldet. 15 Landwirte hätten inzwischen über die Kanzlei Meisterernst/Düsing Klagen gegen die Alterskasse eingereicht. Man wolle weiter öffentlichen Druck aufbauen und eine Petition im Bundestag einbringen. Die Kanzlei Meisterernst/Düsing werde fortlaufend im Internet über den Stand der Dinge informieren (www.hofabgabe.de).

Im Paul-Löbe-Haus: vorne links Werner Seeger, in der Mitte Gudrun Kopp und Johannes Röring, rechts Frank Schäffler, oben Dr. Edmund Peter Geisen Foto: Asbrand

Argumente der Gegner

Die Landwirte erläuterten den Abgeordneten, warum die Hofabgabeklausel nicht mehr zeitgemäß sei und im Gesetz ersatzlos gestrichen werden müsse:

- Der rasante landwirtschaftliche Strukturwandel, von Brüssel und Berlin gewollt, führt zu immer mehr Hofaufgaben etwa in Ostwestfalen. Die Kinder der Landwirte üben außerlandwirtschaftliche Berufe aus, vielfach werden Höfe nur noch auf dem Papier verpachtet, damit Vater die Rente bekommt. Eickmeyer: „Wir gehen davon aus, dass in NRW fast 40 % aller Abgabeverträge pro forma, also zum Schein, abgeschlossen werden. Dies ist untragbar.“
- Das vom DBV angeführte Argument, man müsse die Hofabgabe mit 65 aus strukturpolitischen Gründen beibehalten, hat sich überholt. Wenn Landwirte heute Flächen verpachten, kommt meistens nicht mehr der Nachbar oder ein Berufskollege aus dem Dorf zum Zuge. „Die Pächter fahren oft 40 bis 60 km, um an Flächen zu kommen. Deshalb macht die erzwungene Hofabgabe für die 65-Jährigen keinen Sinn mehr“, meinte Seeger.
- Arbeiter und Angestellte, Hausfrauen mit Kindern, Pensionäre, Tierärzte, befreite Nebenerwerbslandwirte, Richter, Notare, Anwälte, ehemalige Soldaten und viele andere Berufsgruppen – jeder bekommt mit 65 Jahren Rente, wenn er zum Beispiel 60 Beitragsmonate nachweisen kann. Doch Landwirten, die 30 oder 40 Jahre eingezahlt haben und aus familiären Gründen den Hof nicht abgeben wollen, will man keine Altersrente gönnen? „Das ist höchst ungerecht. Das passt nicht mehr in eine Zeit, in der Landwirte als Unternehmer auf freien Agrarmärkten ihr Einkommen erwirtschaften müssen“, stellte Martin Prött fest.

Auch Nachteile bedenken

Röring warnte seine Berufskollegen, dass sie mit ihrer Forderung womöglich das ganze agrarsoziale Sicherungssystem aus den Angeln heben. Der Bund finanziere 78 % aller Ausgaben der Alterskasse. Falle das eigenständige Sicherungssystem weg, laufe der Berufsstand Gefahr, dass landwirtschaftliches Vermögen auch in anderen Bereichen, etwa bei der Vermögenssteuer, vom Gesetzgeber nicht mehr privilegiert behandelt werde. „Irgendwann müssen Sie doch Ihre Höfe abgeben. Ob mit 65, 70 oder 75“, meinte Röring.

Dr. Geisen, 60, auf einem kleinen Hof in der Eifel groß geworden, danach Landwirtschaftsdirektor, lobte die Bauern für ihren Einsatz. Sie hätten ein Anliegen aufgegriffen, das vielen Berufskollegen unter den Nägeln brenne. Nach seiner Ansicht können sich Bauernverband und Politik nicht mehr wegducken, man müsse offen und ehrlich diskutieren, wie man im Gesetz eine Lösung für die Landwirte findet. Der FPD-Agrarexperte appellierte gleichzeitig an Seeger und seine Mitstreiter, keinen Keil in den Berufsstand zu treiben. „Die Solidarität im Bauernverband, das Eintreten für die Schwachen – diese Ziele dürfen nicht auf der Strecke bleiben.“

Solidarität zeigen für die kleinen Betriebe – hier sieht Heinrich Eickmeyer Defizite beim Verband. „Ich kenne Berufskollegen, die 400 € Rente und 2500 € Pacht im Jahr bekommen. Sie haben weniger als Hartz-IV-Empfänger. Warum können diese Landwirte nicht selbst entscheiden, zu welchem Zeitpunkt sie ihre Flächen verpachten und den Hof auslaufen lassen?“

Armin Asbrand

EU-Biofläche steigt

Die in Europa als ökologisch bewirtschaftet ausgewiesene Fläche ist weiter gewachsen. In der EU-27 galten 2008 insgesamt 7,8 Mio. ha oder 4,1 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche als „bio“, 7 % mehr als ein Jahr davor und sogar 21 % mehr als 2005. Der Ökolandbau ist in Spanien und Italien mit 1,3 Mio. bzw. 1,0 Mio. ha besonders weit verbreitet. Unmittelbar dahinter kommt Deutschland mit 0,9 Mio. ha. Anteilsmäßig liegt Österreich vorne: 15,7 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche gehörte zum Biolandbau; Schweden rangierte mit 9,9 % an zweiter Stelle, Italien erreichte mit 8,9 % den dritten Platz. Laut Eurostat wurde die ökologische Fläche 2008 zu 44 % als Wiesen- und Weideland genutzt, ferner zu 37 % für den Anbau von Feldfrüchten. Dauerkulturen standen auf einem Zehntel der EU-Biofläche. Auf den vollständig umgestellten Flächen wuchsen zu 44 % Getreide und zu 42 % Grünfutter. Die übrigen 14 % verteilten sich auf Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Zuckerrüben, Saat- und Pflanzgut, Frischgemüse und Handelsgewächse. AgE

Mehr Bodenhaltung

Das Verbot der klassischen Bodenhaltung zum 1. Januar 2009 hat in Deutschland zu erheblichen Veränderungen bei der Hennenhaltung geführt. Nach dem Statistischen Bundesamt gab es am 1. Dezember 2009 in den Betrieben mit mindestens 3000 Plätzen erstmals mehr Legehennen in der Bodenals in der Käfighaltung. Alternativ dürfen die Tiere in der zugelassenen Kleingruppenhaltung aufgestallt werden. Für die Umstellung wurde unter bestimmten Bedingungen eine Übergangsfrist bis Ende 2009 eingeräumt. Die Käfighaltung verzeichnete in den zwölf Monaten bis Anfang Dezember 2009 einen Rückgang des Legehennenbestandes um 59,9 %. Von den insgesamt 14,07 Mio. Käfighaltungsplätzen entfielen am Berichtstag 2,4 Mio. auf die Kleingruppenhaltung – 1,1 Mio. ein Jahr zuvor. In der Bodenhaltung gab es Anfang Dezember 2009 in Deutschland etwa 16,63 Mio. Plätze – ein Plus von 92 %. Die Zahl der Hennenhaltungsplätze in der Freilandhaltung ging um 3,5 % auf knapp 4,3 Mio. zurück. Insgesamt verringerte sich die Zahl der Plätze in Deutschland im Berichtszeitraum um 6,5 % auf 37,34 Mio. Das Statistische Bundesamt rechnet aufgrund des deutlichen Anstiegs des Legekükenschlupfs wieder mit einer Erholung des Bestandes in diesem Jahr. AgE